

Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses
Jan Kürschner
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/114

UNSER AKTENZEICHEN: 386.00

IHR ZEICHEN: L 217

Betreff: Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen
Drucksache 20/21 (neu) – 2. Fassung

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Kürschner,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen und nehmen zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Wir lehnen die Abschaffung von Straßenbaubeiträgen ab, da, wie Eigentümerverbände dies bereits vorgeschlagen haben, die konkrete Gefahr besteht, dass die Gebühren künftig in der Grundsteuer Berücksichtigung finden werden.

Diese ist, anders als die hier infrage stehende Gebühr, gemäß mietvertraglicher Vereinbarung, fast immer über die Betriebskostenumlage von den Mieter:innen zu zahlen.

An dieser Stelle möchte wir noch einmal ausdrücklich anmerken, dass eine Umlage der Straßenbaubeiträge auf Mieter:innen nicht erfolgen kann und darf. Der Gesetzgeber hat nicht vorgesehen, dass Mieter:innen diese Beiträge zu zahlen haben und an diesem Grundsatz darf sich auch nichts ändern, weil es sich hierbei um Instandsetzungskosten handelt.

Wir zweifeln an, dass den Kommunen ausreichend Landesmittel zur Verfügung gestellt werden, um Straßenbaubeiträge überflüssig zu machen. Die ehemalige Landesregierung kündigte dies an, als noch keine enorme finanzielle Belastung durch die Energiekrise drohte. Nun sollen Fonds und finanzielle Unterstützung den Bürger:innen für den Energiebedarf zu Gute kommen. Ungeachtet dessen sähen wir ein solches Modell mit Bedenken. Unseres Erachtens gibt es keinen Grund zusätzliche Steuergelder zur Sanierung und dem Ausbau von Straßen auszugeben.

Mit großer Wahrscheinlichkeit würde daher die Abschaffung der Straßenbaubeiträge zu einer erheblichen Zusatzbelastung von Mieter:innen führen, wogegen wir uns entschieden aussprechen.

DEUTSCHER MIETERBUND
LANDESVERBAND
SCHLESWIG-HOLSTEIN E.V.



Postfach 1967
24018 Kiel
Telefon 0431/979190
Telefax 0431/9791931

Kiel, den 01.09.2022

Gerade in Zeiten sinkender verfügbarer finanzieller Mittel, die die untere Einkommensschicht und dazu gehören nun mal viele Mieter:innen, besonders hart treffen, sind zusätzliche finanzielle Belastungen nicht tragbar.

Mit freundlichen Grüßen
Deutscher Mieterbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

A handwritten signature in black ink that reads 'Mainitz'.

Ann Sophie Mainitz
Geschäftsführerin